

75.000 ließen sich testen

Innsbruck hat Zahl der Neuinfektionen pro 100.000 Einwohner unter 100 gedrückt.

Innsbruck – Das Land Tirol hat am Montag eine Zwischenbilanz über die am 19. Dezember gestarteten, kostenlosen Corona-Antigentests gezogen: Über 75.000 Bürger ließen sich bisher testen – rund 63.000 davon auf den tirolweit 17 Teststraßen und etwa 12.700 bei niedergelassenen Ärzten. Insgesamt lagen 292 positive Antigen-Testergebnisse vor. Nach einem nachfolgenden PCR-Test wurden bis dato laut Land 178 positive Ergebnisse bestätigt.

Insgesamt meldeten sich bisher rund 72.000 Personen für einen Antigentest an. Ein Gutteil der derzeit noch offenen Anmeldungen für Teststraßen und Testbusse konzentrierte sich insbesondere auf den 30. und 31. Dezember, heißt es. Vorerst gilt die Aktion bis inklusive 10. Jänner. Hinsichtlich einer möglichen Fortsetzung befindet man sich derzeit in Abklärung. LH Günther Platter (ÖVP) zieht ein positives Resümee: Die Tests würden sich auszahlen – das würden die festgestellten positiven Ergebnisse zeigen.

In Innsbruck ist die Sieben-Tage-Inzidenz – also die Zahl der Corona-Neuinfektionen in sieben Tagen pro 100.000 Einwohner – unter 100 gesunken. Der Wert liege nun bei 78, teilte Bürgermeister Georg Willi (Grüne) mit. Damit sei Innsbruck aktuell die einzige Landeshauptstadt, welche die 100er-Marke unterschritten habe. (APA, TT)

Infektionen in Tirol

Zahl der Infizierten: 1612
Zahl der Neuinfizierten: 128 in 24 Stunden
Zahl der Genesenen: 37.973, davon 151 in 24 Stunden
Zahl der Verstorbenen: 466, davon 0 in 24 Stunden
Zahl der Spitalspatienten: 150 (-4), davon 40 (-1) auf der Intensivstation



Der Impfstoff wird zu den Menschen gebracht – wie am Sonntag vom Bundesheer zum Wohn- und Pflegeheim in Mieming.

Foto: Land Tirol

Impfung kommt zum Menschen

Österreich setzt nicht wie Deutschland auf Zentren, zu denen Impfwillige pilgern müssen. Es will die Immunisierung gegen Covid-19 möglichst nah ermöglichen – sogar am Arbeitsplatz.

Von Gabriele Starck

Wien – Nach dem Impfstart am Sonntag haben Gesundheitsminister Rudolf Anschober (Grüne) und der Corona-Sonderbeauftragte Clemens Martin Auer gestern erklärt, wie es nun weitergeht, und die



„Die niedergelassenen Ärzte sollen ihren über 65-jährigen Patienten ab Februar die Impfung proaktiv anbieten.“

Clemens Martin Auer (Corona-Sonderbeauftragter) Foto: APA/Jäger

drei Phasen des österreichischen Impfplans vorgestellt: **1. Jänner und Februar.** Wegen der zunächst nur sehr begrenzt verfügbaren Impfstoff-Einheiten erhalten jene Personen zuerst das Vakzin, bei denen sowohl das Risiko, schwer zu erkranken, als auch das Risiko, infiziert zu werden, am größten ist. Das sind die Bewohner von Al-

ten- und Pflegeheimen und dann auch deren Betreuer. Impfteams werden dazu wie auch gestern in den Bundesländern vor Ort im Einsatz sein. Erste Impfungen gibt es aber auch für jenes Gesundheitspersonal, das dem Coronavirus besonders ausgesetzt ist – etwa in Covid- und Intensivstationen, in Notfallaufnahmen, Testlabors, aber auch bei Zahnärzten und Rettungen.

2. Februar, März und April. Zielgruppe sind dann wiederum zuerst hochbetagte Menschen. Dann folgen ältere Personen, Risikopatienten mit Anspruch auf Dienstfreistellung sowie weiteres Gesundheitspersonal, etwa die Impfteams selbst, und schließlich Menschen in systemkritischen Berufen wie Polizei, Feuerwehr etc.

In Phase 2 dürfte es schon anderer Impfstoff verfügbar sein. So soll am 6. Jänner das mRNA-Vakzin von Moderna zugelassen werden, von dem 200.000 Dosen in Österreich erwartet werden. Und im Februar, hofft man im Gesundheitsministerium, könnte dann bereits der Astra-Zeneca-Impfstoff verfügbar sein. Da letzterer weniger anspruchsvoll ist, was die Kühlung betrifft, soll er

von niedergelassenen Ärzten in deren Praxis oder bei Hausbesuchen verabreicht werden. „Die Ärzte sollen ihren über 65-jährigen Patienten ab Februar die Impfung proaktiv anbieten“, wünscht sich Auer.

3. Ab dem 2. Quartal könnte dann sukzessive ausreichend Impfstoff für alle verfügbar sein, die eine Impfung wollen. Angeboten werden soll die Immunisierung dann in größeren Unternehmen über den Betriebsarzt, über die Schulärzte, die Kassenambulatorien und die Kommunen in Turn- oder Pfarrsä-

len. „Die Bürgermeister und Stadtverwaltungen sind sehr motiviert, ihre Infrastruktur, die sie für die Massentestungen aufgebaut haben, zur Verfügung zu stellen“, sagte Anschober.

Alle, die befürchten, es werde zu wenig Impfstoff geben, will Auer, der auch Co-Chefeinkäufer der EU ist, beruhigen. Die EU habe im Juni mit dem Beschaffungsvorgang begonnen, und da sei nicht absehbar gewesen, welche Impfstoffkandidaten tatsächlich zugelassen werden und wann. Deshalb sei es nötig gewesen, nicht nur auf

einen Hersteller zu setzen, sondern das Portfolio möglichst breit aufzustellen – um das Risiko zu verkleinern, falls ein Kandidat nicht bestehe. Inzwischen könne man aber davon ausgehen, dass alle sieben Impfstoffkandidaten, für die man sich Kontingente gesichert habe, auch zugelassen würden, betonte Auer. Und so erhalte die EU insgesamt fast zwei Milliarden Impfdosen, also mehr als genug für alle. Allein vom BioNTech/Pfizer-Impfstoff, der bereits verabreicht wird, seien auf Dauer 4,5 Mio. Dosen für Österreich vorgesehen.

Noch viel Information für Unentschlossene notwendig

Wien – Gesundheitsminister Rudolf Anschober (Grüne) möchte in den kommenden Monaten „möglichst viele Menschen“ dafür gewinnen, den „Schlüssel für die Wende“ in der Coronapandemie zu nutzen. Es gebe in der Bevölkerung jene, die rasch eine Impfung wollen, und dann gebe es einen impfskeptischen

Teil, den ganz großen Teil ortet Anschober jedoch „in der Mitte, wo sich viele die Meinung noch nicht gebildet haben“ – und um diese Personen werde man sich in den kommenden Wochen mit ehrlicher Informationsarbeit bemühen.

Dazu zähle als erster Schritt die bereits erfolgte Einrichtung der Info-Hot-

line. In Summe habe es bis jetzt an die 20.000 Anrufe gegeben, wobei die Grundstimmung laut dem Minister aufgeschlossen und interessiert war. (APA, TT)



Im Internet: Weitere Informationen finden Sie auf der Seite des Ministeriums [go.tt.com/covid-impfung](https://www.gov.at/covid-impfung)

Das „Freitesten“ wird zum großen Zankapfel

Innenminister will, dass der Handel und die Wirte die Corona-Tests kontrollieren. ÖGB und Wirtschaftskammer reagieren erbost.

Wien – Die Regierung will es so. Wer schon Mitte Jänner für sich den Lockdown beenden will, kann sich „freitesten“ lassen. ÖVP und Grüne hoffen, damit ein Anreizsystem zu liefern, damit sich mehr Bürger testen lassen. Wer negativ getestet ist, darf früher in Geschäfte und Gasthäuser. So der Plan. Doch wer kontrolliert? Dies wird erst erarbeitet, meint Grünen-Gesundheitsminister Rudolf Anschober. In der ÖVP ist man dahingehend schon weiter – und liefert einen Streitfall ab. Innenminister Karl Nehammer sieht den jeweiligen Betreiber verantwortlich.

Doch dagegen sprach sich nun nicht nur ÖVP-Parteifreundin und Tourismusministerin Elisabeth Köstinger, sondern auch der ÖVP-Wirtschaftsbund aus.

„Die zuständigen Behörden können jederzeit und überall Kontrollen durchführen, ob sich jemand mit einem negativen Corona-Test ‚freigetestet‘ hat. Es wäre absurd, diese Verantwortung den Betreibern von Lokalen aufzubürden. Davon war nie die Rede und das wird mit Sicherheit auch nicht so sein.“ Auch am Montag betonte Köstingers Sprecher gegenüber der APA, zuständig sei die Gesund-

heitsbehörde. Sollten deren Kapazitäten nicht reichen, müsse die Polizei ausrücken.

Irritiert über Nehammers Aussagen zeigte sich zudem ÖVP-Wirtschaftsbund-Generalsekretär Kurt Egger. „Es ist nicht Aufgabe von Mitarbeitern oder Unternehmern, die Arbeit der Polizei zu erledigen“, erklärte Egger in einer Aussendung.

Die Idee, Mitarbeiter Corona-Tests kontrollieren zu lassen, sei „unverschämte und absurd“, sagte die GPA-Chefin Barbara Teiber. „Schon jetzt klagen Handelsangestellte aufgrund der angespannten Situation über die Zunahme

von Aggressionen vonseiten der KundInnen. Eine zusätzliche Belastung wäre unzumutbar. Wenn der Gesetzgeber meint, die Strategie der Freitestungen wäre sinnvoll, so hat er auch für die nötigen organisatorischen Rahmenbedingungen zu sorgen“, beklagt die Gewerkschafterin.

Auch die Handelssparte der Wirtschaftskammer hat sich am Montag massiv dagegen verwehrt, dem Handel die Kontrolle der Corona-Tests umzuhängen. „Wir haben weder die Kapazitäten noch die rechtlichen Befugnisse, solche Kontrollen durchzuführen“, so Obmann Rainer

Trefelik. Die Möglichkeit, sich „freitesten“ zu lassen, wird grundsätzlich begrüßt. Die Kammer werde die Unternehmen mit Informationsmaterial wie etwa vorgefertigten Aushängen und Ähnlichem unterstützen. „Es kann aber nicht die Aufgabe einer Interessenvertretung sein, Kontrollen vorzunehmen“, so Trefelik. Zuvor hatten sich schon die WKÖ-Gastrosparte und der Handelsverband dagegen ausgesprochen, die Freitestungen zu kontrollieren. „Wir werden nicht kontrollieren. Das ist für uns nicht möglich“, sagte Gastro-Kammervertreter Mario Pulker. (TT)



Der Vorschlag von Nehammer wird rundweg abgelehnt. Foto: APA/Aliger